Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 100 (2020)

Heft: 1073

Artikel: Grüne Geldpolitik? : En garde, Lagarde!

Autor: Friedrich, Marc / Weik, Mathias

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-914505

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Grüne Geldpolitik? En garde, Lagarde!

Die EZB ist mit ihrem Krisenmanagement bisher grandios gescheitert, will jetzt aber auch noch das Klima retten. Ein Zwischenruf.

von Marc Friedrich und Mathias Weik

Die amerikanische Schriftstellerin Rita Mae Brown hat einmal eine ziemlich gute Definition des Wortes «Wahnsinn» gegeben: nämlich immer wieder das Gleiche zu tun und andere Resultate zu erwarten. Seit Jahren schon kauft die Europäische Zentralbank (EZB) en masse Staatsanleihen von faktisch bankrotten Nationen wie Italien und Griechenland. Hinzu kommen die Aufkäufe zahlreicher Anleihen von ebenso maroden Firmen und Unternehmen, vom Volksmund auch gerne Zombieunternehmen genannt. Die Bilanz der Übung? Ernüchternd.

Laut den Europäischen Verträgen ist das vorrangige Ziel der EZB die Gewährleistung der Preisstabilität. Die neue EZB-Chefin Christine Lagarde sieht diesen Sachverhalt grundlegend anders: Sie will die Geldpolitik auf Klimawandel, Umweltschutz und Nachhaltigkeit als zusätzliche Kernaufgaben ausrichten. Wie viel zusätzliches Geld will die EZB unter ihrer neuen Königin Lagarde aus dem Nichts hervorzaubern? Um wie viele Euros will sie ihre gigantische Notenbankbilanz noch weiter aufblähen? Niemand weiss es. Offensichtlich ist man bei der EZB irrtümlicherweise nach wie vor davon überzeugt, dass man mit Gelddrucken Probleme lösen kann. Unverkennbar befindet sich die Eurozone immer weiter auf dem Weg in die Planwirtschaft – die Planwirtschaft der Notenbank EZB. Jetzt soll diese Planwirtschaft auch noch einen grünen Anstrich bekommen! Erst wurden die Banken, nun wird das Klima mit Hilfe der Notenbankpresse gerettet. Die neuen «Masters of the Universe» sind heute nicht Investment-, sondern Notenbanker.

Überschreitung der Kompetenz

Mit dem Einstieg in die Klimapolitik betreibt die EZB Industriepolitik. Es kann nicht sein, dass die EZB entscheidet, was «grün» ist, und lediglich jener Kredit erhält, welcher für die EZB passende Investitionen tätigt. Auch EZB-Ratsmitglied und Bundesbankpräsident Jens Weidmann sieht vollkommen zu Recht jeden Versuch, die geldpolitischen Massnahmen der EZB zur Bekämpfung des Klimawandels umzuleiten, «sehr kritisch». Sollte die EZB im Rahmen ihrer planwirtschaftlichen Massnahmen gezielt «grüne» Anleihen kaufen, dann ist der Grundsatz der Marktneutralität nicht mehr gegeben. Denn die EZB darf mit ihren Anleihekäufen weder einzelne Unternehmen noch Staaten bevorzugen. Abgesehen davon: Wie beabsichtigt die EZB zu prüfen, welche Konzerne tatsächlich «grün» sind und welche lediglich Greenwashing betreiben, damit die EZB ihre Anleihen kauft und sie sich so dank der billigen Kredite einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz erschleichen können?

Gefährliche Machtkonzentration

Die Regeln sind klar: Die EZB darf mit ihren Anleihekäufen weder einzelne Unternehmen noch Staaten bevorzugen. Der Kampf gegen den Klimawandel ist die Aufgabe von Regierungen und Parlamenten auf Landes- sowie EU-Ebene, aber gewiss nicht die Aufgabe einer Notenbank. Klimapolitische Massnahmen, die massgeblichen Einfluss auf unsere Wirtschaft und Gesellschaft haben, sind von (ab)wählbaren Politikern zu bestimmen, denn diese unterstehen demokratischen Kontrollinstrumenten. Notenbanker hingegen sind für ihre Handlungen nur bedingt rechenschaftspflichtig. Die Unabhängigkeit der Notenbanken war jedoch bestimmt nicht dazu gedacht, dass diese ihre eigenen Mandate kontinuierlich erweitern. Nicht nur wir, auch der langjährige EZB-Chefökonom Otmar Issing kommt zu dem Schluss: «Eine grüne Geldpolitik kann es nicht geben. Ein Politikbereich, der weit ausserhalb des eigentlichen Mandats der Notenbanken liegt, hat in der Geldpolitik nichts zu suchen. Entsprechende Versuche werden unweigerlich ein mehr oder weniger schlimmes Ende nehmen.»[1] ❮

[1] www.fuw.ch/article/das-problem-einer-gruenen-geldpolitik/

Marc Friedrich und Mathias Weik
sind Ökonomen, Redner, Honorarberater und Autoren mehrerer Bestseller. Zuletzt veröffentlichten sie «Der grösste Crash aller Zeiten: Wirtschaft, Politik, Gesellschaft. Wie Sie jetzt noch Ihr Geld schützen können» (Eichborn, 2019). Web: friedrich-weik.de